

Für Halle vierteljährlich bei postmaler Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausfall. Befreiungsgeld...

Berühmter der Redaktion Nr. 1140; der Ringelien - Abteilung Nr. 170; der Annoncenabteilung Nr. 1133.

werden die 6 gepaltene Kolonietelle oder deren Raum mit 30 Bg., solche aus Halle mit 20 Bg. berechnet...

Er erscheint täglich zweimal, Samstags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Gr. Steinwegstraße 17; Anzeigenabteilung: Markt 24.

Saale-Beitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Nr. 437.

Halle, Donnerstag, den 18. September

1913.

Wer gefährdet unsere Wirtschaftspolitik?

Die Nationalliberale Correspondenz schreibt: In Leipzig haben unsere bedeutendsten Industrieverbände...

zu Gefallen sein kann. Nimmt man hinzu, daß nach einer Erklärung des Herrn Dr. Stresemann...

Wer danach unsere Wirtschaftspolitik in Wirklichkeit bedroht, liegt auf der Hand. Schon im Jahre 1911 hat anfänglich der Teuerungsschotte im Reichstag...

diese Verträge sind indes daran geknüpft, daß eine Einigung über die Abänderung nicht zu erzielen war.

Er soll einerseits eine ungleich größere Verantwortlichkeit übernehmen, aber andererseits auch in der Beurteilung...

Es besteht aber auch noch in anderer Beziehung Ueber-einstimmung. Nicht nur die Redner des Bundes der Industriellen...

Die Richter und die Verbrechensbekämpfung im neuen Strafrecht.

Ueber dieses, auf dem eben in Berlin zu Ende gegangenen „Deutschen Richtertage“ lebhaft erörterte Thema...

die Frage des Meinens einer vollständigen Neuentwicklung zu unterziehen. Und doch beruhen alle Fragen, die uns beschäftigen...

Feuilleton.

Spanisches.

Von J. v. Wilow.

Kapoleon behauptete, daß die Pyrenäen Gebirgszüge Südpazien seien. Das stimmt noch heute, und der Spanier selbst...

knüpfen verlohnt. Die hochberühmte Galtfreundschaft des Spaniers macht sich sofort geltend.

Man als Fremder einmal erkannt, so wird man behandelt wie die Junge im Affenhaus.

Spanische Sittlichkeit untersteht sich wesentlich von anderer. Sie bewegt sich in ständigen Flüssen, und dem weiblichen Geschlecht gegenüber gilt es als unmanierlich...

weiblichen Geschlecht gegenüber gilt es als unmanierlich, seine Bewunderung nicht in lauter Form zu äußern.

Sehr appetitreich wirkt auch die Gewohnheit der Männer, mit drei bis vier Zahnfüßen zugleich zu operieren...

Das Ideal jedes Spaniers ist, Beamter zu werden und dann nichts mehr zu tun zu haben.

arbeiten, falls diese Frage nicht schon vorher vollständig gelöst worden ist. Treu und Glauben, die doch die ganze Grundlage des bürgerl. Verkehrs bilden, die für alle Verordnungs- und Verwaltungsbeurteilungen zugrunde gelegt werden müssen, sind hier in einem der allermerkwürdigsten Fälle verletzt. Das ist ein unheilbarer Zustand. Ich hätte daher am liebsten den Antrag eingeklagt, daß der Richterang die Verabschiedung des Strafgesetzbuches ohne Strafgesetzsreform unmöglich erscheint, und zwar aus dem oben angeführten Grunde. Ich habe aber davon Abstand genommen und möchte nur bitten: sprechen sie durch einstimmige Annahme der Theesen des Herrn Referenten aus, daß sie damit einverstanden sind, daß unser Strafgesetzbuch in dem Sinne geändert werde, in dem es die Behörden beschäftigt haben. Sie werden ein gutes Werk damit tun und dem Verbrechen, das in Deutschland leider eine solche Ausdehnung erfahren hat, wieder engere Grenzen setzen. (Beif. Beifall.)

Amisgerichtsrat Kir (Berlin) erklärt, daß er einen Vorbehalt vermissen, wie Verbrechen und Vergehen verurteilt werden können. Man sollte doch nicht erst das Kind in den Brunnen fallen lassen. So sei es z. B. eine Tatsache, daß in Berlin

die 175er

traffrei seien. Sie würden von der Kriminalpolizei überwacht, man kenne ihre abnorme Betätigung und treffe doch keine Maßregeln dagegen. Ferner könne man vor den größeren Berliner Cafés abends große Scharen elegant gekleideter Herren sehen mit Spindeln, um die man sie beneiden könnte. (Heiterkeit.) Dieß warten auf die Mädchen von deren Schönheit sie sich als Jubelalter mäkelten. Auf seine des Redners Frage, an einen Kriminalbeamten, ob gegen diese Leute nichts gemacht werden könne, habe dieser verneinend geantwortet. Also vor den Augen der Behörde würden täglich tausende von Mädchen durch diese nichtsnutigen Existenzen ausgebeutet und das Strafgesetzbuch somit keine Maßnahme, diese uralten Erscheinungen aus dem Gesicht der Großstadt zu eliminieren. Ferner sehe man im Norden Berlins bei einem Spaziergange überall in den kleinen Aneipen ganz ärmliche Kerle herumhüpfen, die nicht arbeiten und doch leben. Sie lebten also von irdischen Handlungen. Und ebenso sei es bekannt, daß in Großstadt eine ganze Reihe fauler Ehemänner ihre Pflichten gegenüber ihren Frauen vernachlässigten, obwohl sie in einer besonders feierlichen Form zur Ausübung dieser Pflicht bereit erklärt hätten. Und wenn er daher diese Pflicht vernachlässigte, so sei dieser Ehemann schlimmer als ein Verbrecher, der gelegentlich mal einige Pfennige gestohlen habe. Und trotzdem könne er dieses Verbrechen ungehindert begehen. Da sollte auch die Gesetzgebung eingreifen und im Strafgesetzbuch prophylaktische Maßregeln einfügen. (Sehr richtig! Lebhafter Beifall.)

Nach einer kurzen philosophischen Betrachtung des Amisgerichtsrats Schauffung (Delmenhorst) wurden darauf die Letzte des Referenten einstimmig angenommen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Jena, 17. September.

Die heutige dritte Sitzung des Sozialdemokratischen Parteitages eröffnete der Vorlesende Ebert (Berlin) mit geschäftlichen Mitteilungen. Dann hielt er das definitive Resultat der getriggen Abstimmung über die radikalen Zusätze zur Parteivorstandesresolution fest. Darnach sind 142 Stimmen dafür und 333 Stimmen dagegen abgegeben. (Lebhafter Beifall bei der Majorität.) Darauf wurde die Resolution des Parteivorstandes in einfacher Abstimmung durch Emporheben der Hände im gleichen Stimmverhältnis angenommen.

Kunze wandte sich der Parteitag dem Bericht der Reichstagsfraktion zu. Referent hierzu ist der frühere Bremer Volkskämmler und jetzige Leiter des Jugendbildungsausschusses Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz (Berlin). Er betonte, daß abgesehen von den Redungsfragen, die Fraktion wegen ihrer Haltung im Reichstage fast nirgends angegriffen worden ist.

Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld (Berlin): Bei der Mittäglichkeit hat die Fraktion es an der nötigen Energie fehlen lassen. Allerdings ist es eine Obstruktion unter der heutigen Geschäftsordnung des Reichstages nicht mehr möglich. Aber was die 6 Mann im preußischen Abgeordnetenhause fertig gebracht haben, hätten doch die 111 im Reichs-

haffige Leute herauszutreiben. Denn damit ein guter Freund einen Brief bekommt, legt man sich nicht gern einem Sonnenstich aus. Müß man aber Briefe fortlassen, um Geld zu verdienen, so tut man gut, sich mit einem Selbststich auf Rollen und Reifeleutere zu versehen. Unzählige lassen von dem einzigen Schalter für eingeschriebene Briefe, der von 1-2 Uhr mittags geöffnet ist. Von 3-4 Uhr kann man dann noch eingeschriebene Manuskripte auflesen. Kommt man um 1/2 Uhr zur Post, so findet man bereits einige Hundert verpackt, die sich in Schlangenlinien zum Schalter bewegen, und von denen jeder einzelne mit dem Schalterbeamten ein eingehendes Gespräch führt über Wetter, Politik und Familienbeziehungen. Auch mich fragte der Beamte jedesmal nach dem Befinden des deutschen Kaisers. War ich nun glücklich meinen Brief los, so stand ich gleich bis um 3 Uhr, um mein Manuskript einschreiben zu lassen, denn wenn ich auch lieber nach dem Stationsvorposten des Postamt zum Postamt hätte gehen können, so hätte ich es ruhig in den läwenmäßigen Briefkasten werfen können. Nach etwa acht Tagen pflegt dann manchmal eine Antwort zu kommen. Hierfür zahlt nicht der Absender Porto, sondern der spanische Ausdräger ist berechtigt, einen Obolus zu verlangen. Eine weisse Einrichtung, ohne die man seine Briefe überhaupt nicht bekommen würde.

Aber all das erhöht die Freude des Reisens in Spanien. Man fühlt sich unverantwortlich für den Schiedsrichter und verächtlich gehoben, daß es bei uns so viel besser ist! Wenn die Franzosen sich jetzt über die Bombardierungen der Spanier in Maroffo mehr ärgern als aufregen, so haben sie vollkommen recht. Alle Torheiten, die die Spanier in Maroffo machen, rufen zu Ungunsten des Europäers, und die kolonialistische Elemente, die er ins Land schickt, sind nicht die besten Subjekte. Die eigenen Bestellungen Spaniens in Maroffo sind Straflingskolonien, die in Tanger und Tetuan lebenden Spanier dorthin ausgezogen oder entlassene Deportierte, deren Gewerbe nach Maurer und Mauerstreiber, gewiß sehr ehrenwerten Berufsstände, aber ebensowenig gewinnbringend, europäische Beschäftigung zu verdienen, wie die Franziskaner, die sich vergeblich mit der Missionierung abgeben,

tag auch einmal leisten können. (Heiterer Beifall.) Rosenfeld tadelt das Verhalten der Fraktion am 16. Juni bei der Einbringung des Reichstagspräsidenten aus Anlaß des Regierungsverhältnisses des Kaisers. Die letzten Blätter der 111 sozialdemokratischen Abgeordneten sollten damals eine Stimme und doch wieder Demonstration sein. Bevor aber die Genossen wieder in den Sitzungssaal kamen, spielte sich jener ebenso unvorhergesehene wie unangenehme Vorgang einer Beschlußfassung ab, an der die Abgeordneten unserer Fraktion nicht teilnehmen konnten. Ich kann unserer Fraktion wegen dieses Zwischenfalles einen Vorwurf nicht ersparen. Verunsicherungsmomente, wie sie das „Berliner Tageblatt“ immer wieder in unieren Reihen sucht, sind ja dort nicht vorhanden, aber gerade deshalb müssen wir darauf dringen, daß wir als Republikaner eine heftigere Demonstration gegenüber höflichen Veranlassungen ausführen, als dies in ostentativem Fernstehen zu erklären ist. Das ist um so notwendiger, als man uns wiederholt auf häßliche angegriffen und beleidigt hat. Gerade Wilhelm II. hat die Mißachtungnahme auf die Gesetze anderer in meistein Maße vermissen lassen. Ich möchte doch dringend darum eruchen, daß unsere grundsätzliche Gegnerlichkeit gegen die monarchische Regierungsform in schärfer Weise zum Ausdruck gebracht werde. Das kann unserer Partei nur nützlich sein. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Leber u. a.: Ich möchte nur auf das unangehörte Unrecht hinweisen, das der Sozialdemokratie durch die Aufrechterhaltung der Reichstagswahlkreisinteilung auf Grund der Feststellung von 1864 zugefügt wird. Ich begrüße es mit Freuden, daß unsere Tätigkeit kritisiert worden ist, und wenn man hier und da über's Ziel hinausgeschossen hat, so weiß ich doch, daß die Genossen das allgemeine Empfinden dabei hatten, es ist da irgend etwas faul, aber was, das wissen sie nicht, weil sie nicht selbst dahinter sehen. Reichstagsdeputierte meinen, daß man mit dem nicht arbeiten, namentlich in den Kommissionen. Die Berichte darüber geben ein klares Bild. Von den geheimen Sitzungen dürfen wir nicht fernbleiben, sonst werden wir nicht erfahren, wie die Regierung die bürgerlichen Vertreter einstellt. Landtagsabgeordneter Adolf Hoffmann (Berlin): Leber hat recht: Wenn wir nicht wissen, wie die bürgerlichen Vertreter eingestellt werden, können wir sie doch nicht richtig kritisieren. (Große Heiterkeit.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Deutsches Reich.

Zur Braunschweigischen Thronfoldefrage

wird einer oft offiziös bedienten Berliner Korrespondenz geschrieben:

„Zurzeit finden zwischen der preussischen Krone und den Vertretern des Hauses Cumberland die Schlußgespräche statt über die Bedingungen, unter denen das Haus Cumberland die Regierung in Braunschweig antreten soll. Diese Verhandlungen werden streng vertraulich geführt. Gesagt darf aber werden, daß die Verhandlungen vor dem Abschluß stehen, der allgemein befristet wird. Prinz Ernst August wird einen förmlichen Vertrag mit Hannover ausprechen, da andernfalls ein einstimmiger Beschluß im Bundesrat über die Aufhebung der Erbschaften vom 2. Juli 1855 und vom 28. Februar 1907 nicht zu erwarten ist und ein solcher unbedingt herbeigeführt werden muß. Das Schreiben des Prinzen Ernst August an den Reichstagskanzler vom 20. April d. J. verpflichtet den Thronanwärter staatsrechtlich zu nichts. Nach dem Stande der Angelegenheit ist anzunehmen, daß der Vertrag des Prinzen bald erfolgt, und der Bundesrat im Oktober der Angelegenheit näher treten kann. Die Uebernahme der Regierung in Braunschweig kann alsdann erfolgen. — Gesagt kann auch werden, daß bis zum gegenwärtigen Stande der Angelegenheit zahlreiche Schwierigkeiten zu überwinden waren, die zum Teil durch die weisse Agitation bedingt waren.“

Der Gesandtschaftsbesuch über die Sonntagsruhe

im Handelsgewerbe, der dem Reichstag bei seinem Zusammentritt vorliegen soll, wird keine Vorschriften über den Kreis der Handelsgewerbe hinaus auch auf andere Gruppen von Privatangehörigen erstrecken: auf die Angestellten der Versicherungsunternehmen einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Versicherungsagenten und Makler, der Annoncen-Expeditoren, der Stellensuchmittler, der Auskunftsstellen, der Sparkassen, Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben.

Bei den genannten Gewerbebetrieben handelt es sich nicht um offene Verkaufsstellen, sondern um Kontore; infolgedessen kommt als Schlußgrenze für die Sonntagsarbeit eine Zeit von zwei Stunden in Betracht, deren Lage von den zuständigen Behörden geregelt wird.

Der Gesandtschaftsbesuch berührt nicht alle die Gewerbebetriebe, auf die sich die im Reichstag ausgeprochenen Anregungen beziehen. Es ist jedoch in Aussicht genommen, für einzelne Gruppen von Angestellten eine besondere Regelung teils auf gesetzlichem Wege, wie bei den Angestellten der Rechtsanwälte und Notare, teils auf dem Verordnungswege durchzuführen.

Ein Nachruf für Graf v. Muenstehen.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ schreibt zum Tode des Reichstagsabg. Graf v. Muenstehen:

Graf v. M. standte war ein Mann von edlem Schrot und Korn. Er kamte aus einem Hause, das den preussischen Königen getreu gedient. Diener gegeben hat. Den Ueberlebenden zutreiben, löstete er in 2 Jahren, ehrenvollen Laufbahn auf allen ihm anvertrauten Posten vortreffliche Dienste. Sein Andenken wird in Ehren bleiben.

Das reformierte bayerische Schulbuch.

Eine neue Großtat des Ministeriums Hertling steht wie uns aus München gemeldet wird. — Bevor: Wie an gut informierter Stelle vermeldet, wird die Einführung eines konfessionellen Schulbuchs, sowie die Konfessionalisierung aller Lehrmittel an den bayerischen Schulen beabsichtigt. Der schone Plan entkammt dem „Berliner katholischer Schulrat“ und hat in Wittenberg a. u. h. a. b. e. bereits einen berechneten Fürsprecher gefunden.

Der Versuch, ein konfessionelles Schulbuch einzuführen, ist in Bayern schon wiederholt gemacht, bisher aber stets zurückgewiesen worden. Im Jahre 1894 sprach sich der damalige Minister Landmann gegen den Plan aus. Diesmal hat das Unternehmen die günstigen Ausichten auf baldiges Gelingen. Die bayerische Regierung zeigt große Neigung, den Ultramontanen den gewünschten Preisbesitz zu erweisen.)

Parteinachrichten.

Die Konservativen in Halberstadt

sind gekränkt, weil einmal wieder ihr Verhalten bei der letzten Reichstagswahl, bei der bekanntlich der Wahlfreisfall der Konservativen in der Erinnerung gerufen wurde. Sie wollen es nicht mehr haben, daß etwa 1000 konservativere Wähler bei der Stichwahl den Sozialdemokraten gewährt haben. Der „Deutsche Kurier“, der das Gedächtnis an diese Tat aufweckt, hatte, hatte wohl Einzelheiten nicht richtig wiedergegeben; in einer Zulassung aus Halberstadt wird aber nun folgendes festgelegt:

Die Verammlung, in der Herr Malermeister Schirke-Halberstadt namens des Bundes der Handwerker Reichstagsfraktion in Aussicht stellte, falls es zu einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten kommen sollte, fand am 1. Oktober 1911 in Halberstadt, nicht zwischen Haupt- und Stichwahl, statt. Der in der Verammlung anwesende damalige Vorsitzende des konservativen Wahlvereins, Herr General Rogge-Wernigerode, nahm das Wort, ohne dieser der Sozialdemokratie Vorwurf zu machen, sondern die Verammlung zu widersprechen. Das gleiche Schmeißen — wo Keden ungewisshaft nationale Pflicht gewesen — hat Herr General Rogge-Halberstadt in einer Verammlung von Angehörigen des Mittelstandes beabsichtigt. Auch damals, Herr Schirke, daß die Mittelständler im Falle einer Stichwahl zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten zu Hause bleiben sollten. Herr General Rogge hörte es und schweig dazu. Das Verhalten der Führer war richtunggebend. Das hat der tiefbedauerliche Ausfall der Wahl gezeigt.“

Kleine vermischte Nachrichten.

Die nationalliberale Landtagsfraktion trat gestern in Dresden zu einer Sitzung zusammen, in der alle wichtigen Fragen der Landespolitik zur Erörterung kamen. Es fand auch im Hinblick auf einige Pressemeldungen eine Aussprache über die kommende Präsidentenwahl im sächsischen Landtage statt, doch fand man keine Veranlassung, vor Zusammenkunft des Landtages in dieser Fraktion eine Entschlossenung zu fassen.

Der Verband unterer Post- und Telegraphenbeamten hat zur Frage der Weiterentwicklung der Diktandensatzungen folgende Resolution angenommen:

Der Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten erkennt an, daß die Erteilung der Diktandensatzungen, die in der Provinz Polen und in den gemischsprachenbezirkten der Provinz Westpreußen befristeten unteren Post- und Telegraphenbeamten sehr hart trifft. Der Verband bittet die Reichsregierung, Maßnahmen zu treffen, um die unteren Beamten der Provinz wieder mit den preussischen Beamten gleichzustellen. Hierüber beauftragt der Verband den Verbandsvorstand, für eine Berücksichtigung der sonstigen gemischtsprachigen Landestelle einzutreten.

Auf das Jubiläumsgedächtnis der 65. Kaiserregierungsfeier des Reichs der Kaiser-Stiftung an den Kaiser ist folgendes Antworttelegramm einzulassen:

Ihre Majestäten der Kaiser und der Kaiserin haben mich zu beauftragen geruht, der Kaiserregierungsfeier der evangelischen Kaiser-Stiftung für die freundliche Begrüßung und die herzlichsten Segenswünsche der Kaiserregierungsfeier auszusprechen. Ihre Majestäten werden die beehrungswürdige Arbeit der Kaiser-Stiftung auch weiterhin mit besonderem Interesse begleiten und wünschen allen Mitarbeitern Gottes reichsten Segen.

(aes.) v. Valentin, Geh. Rabinetsrat.

Auf der Schiffschauver in Danzig findet Montag die Kiellegung von zwei Kreuzern für die russische Marine statt, wozu der russische Marineminister und der Chef des russischen Marineministeriums eintreffen.

Hof- und Personalmachrichten.

Der Kronprinz traf Mittwoch abend 6 Uhr 55 Min. in Stettin ein und begab sich dann im Automobil nach seinem Jagdrevier in Grob-Müselburg. Weiter wird auch der Statthalter Pommerns, Prinz Eitel Friedrich, am 27. d. Mts. sich über Stettin nach seinem Jagdrevier auf der Salzhöhe Werow begeben.

Die Kronprinzessin ist Mittwoch morgen aus Danzig in ihrem Berliner Palais einetroffen. Sie wird von hier aus die Reise nach Bremen machen, um heute eine Fahrt auf dem Lloyddampfer „Kronprinzessin Cecilie“ zu unternehmen.

Ausland.

Suerias Friedensbotschaft.

Sueria hat in seiner an dem Kongress gerichteten Botschaft versprochen, er werde keine Mühe scheuen, freie Wahlen durchzuführen. Es würde kein größter Triumph sein, sein Amt mit einem Nachfolger in Frieden zu übergeben. Von 27 600 000 Dollars Schatzgelder seien seit Anfang dieses Jahres 24 900 000 Dollars zur Kapitalisierung des Landes ausgegeben worden. Außer einer großen Anzahl Kanonen, Gewehre und großen Mengen Munition habe die Regierung im Auslande schon 750 000 71 Panzerautomobile und zwei Transportschiffe bestellt. Die den amerikanischen Kriegsschiffen erteilte Erlaubnis, jedes Monate in Mexico zu verweilen, läuft im Oktober ab, Sueria ist der Ansicht, daß diese Erlaubnis nicht verlängert werden soll.

Das russische Branntweinmonopol. Der Erlös aus dem russischen Branntweinmonopol für das laufende Etatsjahr ist im russischen Staatshaushalt mit 1300 Millionen Rubel angelegt. Bei einem Kostenaufwand

